

Rede von Andrea Dornisch

vom Bündnis gentechnikfreier Landkreis Roth und Schwabach

auf der STOP TTIP-Kundgebung am 14. November in Ansbach

www.civilcourage-roth-schwabach.de

www.bbbayern.de

Sie nennen es „Freihandel“, aber der Begriff FREIHANDEL täuscht etwas vor, was mit Freihandel überhaupt nichts zu tun hat. Vielmehr geht es um eine Machtverschiebung, weg von demokratisch gewählten Politikern hin zu multinationalen Konzernen.

Es geht darum, Umwelt- und Verbraucherschutz, Arbeits- und Sozialrechte, die Gemeinwohlorientierung der öffentlichen Daseinsvorsorge usw. zu Handelshindernissen zu erklären. Und wären wir Bürger nicht gleichzeitig zahlungskräftige Konsumenten, würden sie es nicht scheuen, uns Bürger auch noch zum Handelshemmnis zu machen. Die EU-Kommission soll es nicht wagen, sich als Volksvertreter zu bezeichnen!

Mit TTIP, CETA, TISA und all den anderen Geheim-Verträgen, von denen wir heute noch nichts wissen, und die in einer beispielelosen Hinterzimmerpolitik und unter großer Geheimniskrämerei an uns Bürgern vorbei ausgehandelt werden, ist die EU-Kommission dabei, die großartige Idee eines Europas der Bürger zu verraten. Sie gebärdet sich vielmehr als zentraler Interessenverband der Konzerne, dem die Politiker zu dienen haben. Was ist das anderes als eine Bankrotterklärung der Politik?

Stattdessen ist eine zentralistische EU-Regierung entstanden, die von oben herab uns Bürger entmündigt, die Kommunen entmachtet, demokratische Prozesse außer kraft setzt, Bürgerrechte einschränkt und Entscheidungen gegen die Interessen der Bevölkerung trifft. Das sind Eigenschaften eines Obrigkeitsstaates mit totalitären Zügen! Europa ist dabei, zu einer unsozialen Freihandelszone zu verkommen und das Gemeinwohl auf dem Altar eines uneingeschränkten Freihandels und im Interesse multinationaler Konzerne zu opfern. Das lassen wir uns nicht gefallen!

Den mittelständischen Unternehmen versprechen sie grenzenloses Wachstum. Aber wie realistisch sind diese Versprechen? Nachdem die Gebietskörperschaften gezwungen werden sollen, immer mehr Bereiche des öffentlichen Dienstleistungssektors im Wettbewerbsverfahren auszuschreiben, wären

1. Die mittelständischen Betriebe einem größeren Wettbewerb ausgesetzt,
2. Eine Bevorzugung des regionalen Handwerksbetriebs vor Ort nicht mehr erlaubt und
3. Käme es in der Folge auch zu einer Minderung der Gewerbesteuererinnahmen für Städte und Kommunen.

Darüber hinaus kann sich ein mittelständisches Unternehmen überhaupt kein Investitionsschutzverfahren leisten, weil sich die durchschnittlichen Verfahrenskosten auf etwa 8 Millionen US-Dollar belaufen! Der durchschnittliche Stundenlohn für einen sogenannten „Schiedsrichter“ beträgt im Durchschnitt 700 bis 1000 Euro. Welcher mittelständische Betrieb kann sich das leisten? Und genau deswegen lehnt der Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft TTIP auch ab! Recht hat er – kann ich da nur sagen!

Vielmehr sind diese Investitionsschutzverfahren für internationale Wirtschaftskanzleien eine Lizenz zum Gelddrucken. Inzwischen sind sie so dreist, die Eurokrisenländer Griechenland, Spanien und Zypern auf Basis eines Investitionsschutzes zu verklagen. Da geht es um Milliardenbeträge. Wir Bürger bezahlen das! Was nehmen sie sich eigentlich raus?

Und der erfolgreichste Klage-Finanzierer der USA hat bereits eine neue Idee entwickelt, wie sich noch mehr dieser Verfahren finanzieren lassen. Er will Schadenersatzklagen in Wertpapiere verwandeln lassen und auf die Finanzmärkte bringen, auf die man dann wetten kann!

Angela Merkel nennt das „marktkonforme Demokratie“ – in Wirklichkeit ist es eine Wirtschaftsdiktatur! Diese Klagen treiben auf lange Sicht jeden Staat in die Pleite! Wie bescheuert muss eine Regierung sein, das zu unterstützen?

Und wenn die großartige Idee eines Europas der Bürger scheitert, dann gewiss nicht wegen uns Bürgern, die nicht mit anderen Bürgern Europa zusammenleben wollen, sondern wegen völlig abgehobenen und arroganten Politikern, die sich einen feuchten Kehricht um das Wohl der Bürger scheren.

Die EU-Kommission ist auf dem besten Wege, das Vertrauen von uns Bürgern zu verspielen!. Eine Regierung, die hinter dem Rücken ihrer Bürger Verträge aushandelt, Demokratie und Bürgerrechte abbaut, sich nicht nur selbst entmachtet, sondern den Konzernen das Regierungsgeschäft überlässt, soll sich vom Acker machen, die brauchen wir nicht!

Deswegen sagen wir:

NEIN zu TTIP,

NEIN zu CETA und

NEIN zu TiSA!